

Widerstand plus statt Stuttgart 21 plus

Der Faktencheck hat alle Einwände gegen S 21 bestätigt. Befürchtungen übertroffen. K 21 hat sich verkehrstechnisch, städtebaulich, ökologisch und finanziell als besseres Konzept bewiesen. Trotzdem hat Heiner Geißler S 21 durchgewunken. Es ist ein Skandal, dass er sich mit seinem Schlichterspruch, auf die Seite der Projektbetreiber und gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gestellt hat. Grube, Kefer, Mappus, Gönner, Schuster und Co. können wieder ein breites Grinsen aufsetzen. Doch das könnte ihnen bald vergehen. „Noch ist nicht aller Tage Abend“. Dieser Satz von Geißler gilt auch für das Ende der Schlichtung. Es bleibt dabei: gegen den Widerstand der Bevölkerung kann es in der Stuttgarter Innenstadt nicht 10 bis 15 Jahre eine Großbaustelle für ein Wahnsinnsprojekt geben.

Geißler als Retter für S 21 und die CDU

Der S-21-Mafia ging es mit dem Faktencheck einzig und allein darum, ihr ramponiertes Image aufzupolieren. Die Empörung in breiten Schichten der Bevölkerung über die Polizeigewalt am 30.09. und das Anwachsen der Demonstrationen auf über 100.000 Teilnehmer hatten Mappus und Grube völlig in die Defensive gedrängt. Die Strategie, den Widerstand mit brachialen Abriss- und Baumfällaktionen, mit Wasserwerfern und Schlagstock zu brechen war gescheitert. Sie waren gezwungen die Bewegung in Gespräche einzubinden, um den Sturm der Entrüstung zu beruhigen und die schockierenden Ereignisse des „Schwarzen Donnerstags“ zu verdrängen. Die Gespräche unter CDU-Politiker Heiner Geißler waren für Mappus, Grube und Co. ein Befreiungsschlag in dieser Situation. Die SAV war gegen diese Gespräche und hat es begrüßt, dass sich die Parkschützer nicht daran beteiligt haben.

Schlichtung ist Scheindemokratie

Die S-21-Gegner durften bei den Gesprächen die Überlegenheit ihrer Argumente unter Beweis stellen. Aber es geht nicht um Argumente, sondern um Profit und um Macht. Deshalb war es ein aussichtsloses Unterfangen, die S-21-Betreiber und Heiner Geißler durch glänzende Fakten, Argumente und Reden für K 21 zu gewinnen. Geißler sah seine Aufgabe darin, das Wahnsinnsprojekt S 21 und die Haut seiner Freunde in der CDU zu retten. Seine vorgeschlagenen Nachbesserungen sind reine Augenwischerei. Sie zielen darauf ab, das Projekt zu legitimieren und den Widerstand zu brechen. Als Hauptbegründung für seine Zustimmung zu S 21 nennt Geißler die Ausstiegskosten. Weiterbauen wird aber um ein Vielfaches teurer. Und wofür? Für die Zerstörung des leistungsfähigen Kopfbahnhofs, die Zerstörung des Parks, die Zerstörung der Frischluftschneise, für die Manipulation des Grundwassers, die Gefährdung der Mineralquellen... Wenn einige der von Geiß-

ler erhobenen Nachbesserungen erfüllt werden, wird S 21 noch teurer aber nicht besser. Es bleibt ein durch und durch zerstörerisches Projekt. Geißler geht jetzt mit seinem „Demokratiexperiment“ bzw. „Stuttgarter Modell“ hausieren. Aber die Schlichtung war kein Beweis für Demokratie, sondern für Scheindemokratie. Bei Stuttgart 21 geht es um unvereinbare Interessengegensätze zwischen Projektbetreibern und Gegnern. Das Profit- und Machtinteressen steht gegen das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung Steuergelder sinnvoll zu verwenden. Dieser

Interessensatz kann nicht geschlichtet werden. Nur durch Widerstand kann die Mehrheit die Minderheit in die Knie zwingen. Gegen die Diktatur der Minderheit müssen wir die Demokratie der Mehrheit weiter aufbauen: Selbstorganisation im Widerstand, demokratische Strukturen und Vernetzung.

Mappus, Rech und Gönner weg!

Mappus hat erklärt, dass die Landesregierung weitere Steuergelder in das Projekt stecken werde, wenn Nachbesserungen nötig seien. Am gleichen Tag beschloss das Landeskabinett 500 Millionen zu kürzen. Den Beamten im Land wurde die Arbeitszeit im Jahr 2003 unbezahlt von 38,5 auf 41 Wochenstunden erhöht. Jetzt sollen Beamte mindestens bis zum 40. möglicherweise sogar bis zum 50. Lebensjahr 42 Stunden in der Woche arbeiten. Würde die Hälfte der 150.000 Landesbeamten eine Stunde länger arbeiten, würde das mehr als 1.700 Stellen kosten. Bei der Landesverwaltung sollen weitere 1.500 Stellen gestrichen werden. Auch den Lehrern wird das Wochendeputat um eine Stunde erhöht und 9.552,5 Lehrerstellen sollen „künftig wegfallen“. So sieht die Bildungsoffensive des Lügenpacks Landesregierung aus. Welch eine Heuchelei, wenn Mappus in der Schlichtungsschlussrunde zu S 21 am 30.11. davon redet, dass S 21 auch gebaut werden müsste, um Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig mit einem Feder-



Die SAV unterstützt die Demo des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21

Gegen Politikerwillkür, Polizeigewalt und die Diktatur der Banken und Konzerne

- Profiteure enteignen • Nein zur Privatisierung der Bahn - Grube raus!
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung aller öffentlichen Betriebe

**Mitfahren!
Mitdemonstrieren!**
Weitere Infos unter:
☎ (030) 24 72 38 02
www.sozialismus.info



streich weit mehr als 10.000 Arbeitsplätze beim Land vernichtet.

Demonstrieren, blockieren, streiken

Der DGB, ver.di und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben ihren Widerstand gegen das Kürzungspaket der Landesregierung angekündigt. Diesen Worten müssen Taten folgen. Der Widerstand gegen die Kürzungen muss mit dem Kampf gegen Stuttgart 21 verbunden werden. Denn das Geld, das für Stuttgart 21 sinnlos vergraben wird, wird bei den Landesbeschäftigten weggekürzt. Wenn Landesbeschäftigte und S-21-Gegner gemeinsam auf die Straße gehen, erhöht sich die Durchsetzungskraft für beide Seiten. Wenn die Landesbeschäftigten streiken, kann die Landesregierung ihre Politik nicht mehr umsetzen. Es ist höchste Zeit, dass alle Gewerkschaften den Kampf gegen Stuttgart 21 in die Betriebe tragen und mit dem Kampf gegen die Angriffe aus den Chefetagen und der Bundesregierung verbinden. Ein entschlossener gemeinsamer Kampf von Gewerkschaften und der Bewegung gegen Stuttgart 21 kann die Mappus-Regierung noch vor der Landtagswahl im März aus dem Amt jagen und Stuttgart 21 stoppen. Die Schüler haben mit ihrem Streik am 30.9.2010 und ihrer friedlichen Blockade im Schlossgarten den Gewerkschaften vorgemacht, was möglich und nötig ist. Polizeipräsident Stumpf sagte im Untersuchungsausschuss, dass die Polizei am 30.9. „überrannt worden“ wäre, wenn sie keine Wasserwerfer eingesetzt hätte. Wären am 30.9.2010 nicht nur 3.000, sondern 10.000 Menschen gewesen, hätten ihnen auch die Wasserwerfer und Schlagstöcke nichts genutzt.

Baustopp durchsetzen

Manche S-21-Gegner hoffen darauf, dass die von Geißler eingeforderten Nachbesserungen die von der Bahn genannte Sollbruchstelle von 4,5 Milliarden sprengen werden und das Projekt dadurch scheitert. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass wir nicht darauf setzen können, dass die inneren Widersprüche S 21 zu Fall bringen werden.

Auch der „Stresstest“ wird Stuttgart nicht zu Fall bringen. Tanja Gönner weiss bereits vor der Simulation, dass er positiv für die Bahn ausgeht und das neunte und zehnte Gleis nicht gebaut werden muss. Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Polizeigewalt am 30.9. läuft das gleiche Spiel. Es wurde vorher festgelegt, dass dabei herauskommt, dass die Gewalt von den Demonstranten ausging und die Polizeigewalt richtig war.

Wir müssen davon ausgehen, dass Bahn, Land und Stadt bis zu den Landtagswahlen möglichst viele unumkehrbare Fakten schaffen und den Weiterbau mit Polizeigewalt durchsetzen wollen.

Einen Baustopp müssen wir selber durchsetzen. Wir müssen weiter auf die Straße gehen und dafür sorgen, dass die überregionale Demonstration am 11.12. ein Höhepunkt im Widerstand wird. Darüber hinaus ist es notwendig, dass nicht nur die Parkschützer, sondern auch das Aktionsbündnis und alle Aktivengruppen gegen Stuttgart 21 einen Plan für erfolgreiche Blockaden der Baustellen entwickeln und umsetzen.

Bei jeder Montagsdemo und allen anderen Demonstrationen müssen Blockaden und andere Aktionen des Zivilen Ungehorsams Thema sein. So wurde das Kernkraftwerk in Wyhl und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf gestoppt.

Bürgerbahn statt Börsenwahn

Bei den Gesprächen wurde glasklar: Grube und Kefer wollen keine Bahn im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, sondern eine Bahn zur Profitproduktion. Das Gleisfeld des Stuttgarter Kopfbahnhofs muss geräumt werden, um mit den freien Gleisflächen zu spekulieren. Bei den Schlichtungsgesprächen wurden erstmals Zahlen für die Grundstückspreise genannt: 2.500 bis 3.000 Euro pro qm. Die Bahn soll ein profitorientiertes Unternehmen sein mit der Perspektive es an der Börse zu verscherbeln. Das steht im Interessengegensatz zu den Beschäftigten der Bahn, zur Masse der Bahnnutzer und zur Umwelt..

Grube und Co. ist es egal, wenn Hunderttausende Pendler wegen dem S-Bahn-Chaos täglich zu spät zur Arbeit kommen bzw. ihnen täglich Lebenszeit geklaut wird. Bahnmanager, die heute so mit den Fahrgästen umgehen, nehmen wir nicht ab, dass sie mit S 21 morgen für uns etwas verbessern wollen.

Die Landesvorsitzende des BUND, Brigitte Dahlbender, hat es beim Faktenchef auf den Punkt gebracht: mit 500 Millionen Euro Planungskosten und 16 Jahren Planungszeit hat die Bahn noch nicht mal einen funktionsfähigen Bahnhof vorzuweisen, während die S-21-Gegner in wenigen Jahren allein durch ehrenamtliche Arbeit mit K 21 ein optimales Betriebskonzept entwickelt hätten.

Und Klaus Arnoldi vom Verkehrsclub VCD erklärte in seinem Schlussplädoyer, dass die Stuttgarter den Stuttgarter Hauptbahnhof besser kennen würden als die Bahnmanager.

Grube und Kefer wussten entweder von den ganzen Problemen, die sie bei der Schlichtung widerwillig zugeben mussten, oder sie wussten es nach 16 Jahren Planungszeit immer noch nicht.

Die Schlussfolgerung daraus kann nur heißen, dass Leuten wie Grube, Kefer und Co. die Kontrolle über die Bahn entzogen werden muss. Spätestens nach den Schlichtungsgesprächen sollte die Bewegung gegen S 21 und die Partei DIE LINKE fordern, dass Bahnmanager wie Grube und Kefer, sowie alle anderen Vorstände und Aufsichtsräte entlassen werden.

Die Bahn muss von unten bis oben demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Dafür müssen auf allen Ebenen demokratisch gewählte Gremien aus Bahnbeschäftigten, Bahnnutzern sowie Vertretern von Umwelt- und Verkehrsinitiativen wie BUND, VCD oder Pro Bahn die Verwaltung der Bahn übernehmen und sie im Interesse von Beschäftigten und Nutzern umorganisieren. Mit unserem Widerstand können wir S 21 verhindern. Damit wäre schon viel gewonnen. Aber wir können die Bahn nicht zwingen, K 21 umzusetzen. Wir müssen auch verhindern, dass die Bahn sich bei einem Ausstieg 2,8 Milliarden Euro Schadensersatzzahlungen von uns Steuerzahlern einklagt. Deshalb müssen wir den Widerstand gegen Stuttgart 21 mit dem Kampf für eine demokratische Verwaltung und Kontrolle der Bahn verbinden.

Treffen der SAV Stuttgart

jeden Mittwoch um 18:30 Uhr im „Falken“, Wagenburgstr. 77, Bus 40, Haltestelle Tunnel/Ostportal

jeden Donnerstag um 19 Uhr in der Spreuergasse 45, Zugang über Finstermünzgasse, Nähe S-Bhf. Canstatt